

Ignaz Seipels Mann der Sanierung

Von Wolfgang Fritz

Die österreichische Währung, die Krone, von Finanzminister Emil Steinbach geschaffen und von seinen Nachfolgern getreulich bewahrt, war dem Ersten Weltkrieg zum Opfer, der ihre Stabilität garantierte, in den Rachen der Kriegsfurie gefallen. Wie eine neue Währung aufbauen, ohne die alle anderen Bemühungen doch fruchtlos waren? Vier Jahre lang hatete sich die Finanzpolitik an dieser Frage aufgerieben. Bundeskanzler Ignaz Seipel durchschlug, nach einem ersten, fehlgeschlagenen Versuch, im zweiten Anlauf den gordischen Knoten. Mit einem kühnen Manöver des Gegeneinander-ausspielens der internationalen Mächte brachte er die Genfer Anleihe zustande.

Am 4. Oktober war der Vertrag unter Dach und Fach. Er war, wie Kienböck in seinem Restneue „Das österreichische Sanierungswerk“ schreibt, auf dem Gedanken aufgebaut, der Ausgabe von ungedeckten Banknoten ein Ende zu machen, die Währung zu stabilisieren und den Staatshaushalt durch Erhöhung der Einnahmen und Herabsetzung der Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen; dafür solle dem Staat eine garantierte Anleihe von 650 Millionen Goldkronen verschafft werden, aus deren Erlös das Defizit bis zur Erreichung des Haushaltsgleichgewichtes gedeckt werden konnte. Österreich musste für diese Hilfe freilich einen hohen Preis zahlen: die Einnahmen aus Zöllen und Tabak verpfänden und sich einer doppelten Kuratel durch ein Völkerbundsmitglied und einen Generalkommissar unterstellen, den Rotterdamer Bürgermeister Zimmermann, der – ein wahrer Finanzdiktator im Interesse des internationalen Finanzkapitals – über die Auszahlung der einzelnen Beträge aus dem Anleihen zu entscheiden hatte.

Parlamentarisch wurde die Sanierung derart ins Werk ge-

setzt, dass neben der Ratifizierung der Genfer Protokolle das schon unter Ségur beschlossene Notenbankgesetz nach den Vorstellungen des Völkerbundeskomitees novelliert, und ein Wiederaufbaugesetz erlassen wurde. Das Parlament sollte in diesen Fragen ausgeschaltet werden. Die Sozialdemokraten, ohne deren Zustimmung diese vorübergehende Verfassungsänderung nicht zu Stande kommen konnte, übten sich zunächst in heftiger Opposition. Aber gegen die reale und handgreifliche Sanierung nach so langen Jahren der vergeblichen Bemühung konnte man nicht sein.

Um die Sanierung in der Himmelpfortgasse ins Werk zu setzen, bedurfte es einer überaus tüchtigen und souveränen Persönlichkeit. Seipels einsame Entscheidung fiel diesmal auf einen Geeigneten: den Wiener Rechtsanwalt und Gemeindepolitiker Viktor Kienböck. Am 14. November 1922, am 27. die Gesetze im Nationalrat beschlossen waren, trat er sein Amt an.

Kienböck war am 18. Jänner 1873 in der Wiener Spiegelgasse als Sohn eines aus dem Waldviertel stammenden Rechtsanwaltes, in dessen Kanzlei der nachmalige Wiener Bürgermeister Karl Lueger das Advokatenhandwerk erlernt hatte, geboren worden. Seine Mutter war jüdischer Abstammung. Nach Abschluss seines Jusstudiums, die Promotion fand am 6. März 1896 statt, trat er in die Kanzlei seines Vaters ein. 1909 heiratete er Johanna Favarger, mit der ihm eine lange und glückliche Ehe beschieden sein sollte. Im Weltkrieg tat er Felddienst am Balkan und geriet in italienische Kriegsgefangenschaft. Im Mai 1917 war er wieder in Wien. Bis zum Ende der Donaumonarchie wirkte er im gemeinsamen Ernährungsausschuss in Wien und Budapest.

Seine politische Laufbahn begann 1918 im provisorischen

Wiener Gemeinderat. Die Wahlen vom 4. Mai 1919 brachten den Sozialdemokraten einen Erdrutschsieg. Kienböck erlernte als Stadtrat ohne Portefeuille und bürgerlicher Gegenspieler des genialen sozialdemokratischen Finanzreferenten Hugo Breitner das Finanzpolitikerhandwerk in einer harten Schule. Es war im übrigen bei beiden Hass auf den ersten Blick, und es ist eine der Absurditäten der ansonsten so reichen Ersten Republik, wie sich diese beiden gleichmaßen redlichen und befähigten Finanzminister, deren Wirken der Republik einen großen Teil von ihrem blässchen Substanz gab, gegenseitig im ideologischen Eifer befetzten.

Als 1920 Österreichs erster Bundespräsident gewählt wurde, war Kienböck Kandidat der Christlichsozialen, unterlag aber, als Halbjuden von den Großdeutschen nicht unterstützt, gegen Michael Hainisch. Kienböcks erste Aufgabe war es, am 18. November 1922, im Auftrag der Völkerbund-Delegation, die Notenpresse einzustellen, womit die Inflation nach acht Jahren beendet war. Anfang 1923 nahm die neue Nationalbank unter der Präsidentschaft von Richard Reisch und der Obaufsicht eines Völkerbundsvertrauten, ihre Arbeit auf. Der Kurs der Krone wurde mit 14.400 zum Gold festgesetzt, und blieb in der Folge stabil. 1924 ersetzte man die Krone durch den Schilling, wobei ein Schilling 10.000 Kronen wert war.

Die wichtigste Neuerung auf der Einnahmenseite war die im April 1923 eingeführte Warenumsatzsteuer, die sich bald als eine für die Staatsfinanzen ganz unentbehrliche Cashcow erwies. Auf der Ausgabe-seite hatte eine Verwaltungsreform 100.000 Beamtenposten, etwa ein Drittel aller öffentlich Bediensteten, einzusparen.

Der Finanzplan des Völkerbundes sah die Beseitigung des Budgetdefizits innerhalb von zwei Jahren vor. Das Ziel wur-

de noch früher, schon im November 1923, erreicht. Heute besteht, bei aller Anerkennung der großen Leistung des Finanzministers, auch Emigkeit darüber, dass man, unter dem Druck des Generalkommissars, mit der notwendigen Sanierung gar zu rigoros vorgegangen ist und damit der Wirtschaft Geld entzogen hat, das sie dringend zum Ausbau des Produktionsapparates und der Infrastruktur gebraucht hätte.

Die Sanierung führte auch zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, weil die harte Währung den Export lähmte, und es stiegen die Lebenshaltungskosten um nicht weniger als 38 Prozent.

Gleichzeitig verursachten die nun in vollen Strömen nach Österreich ein- und zurückfließenden Gelder eine Börsenhausse von unvorstellbaren Ausmaßen. Neben der deflationistischen Realwirtschaft entstand eine inflationistische Spekulantenspekulation, der nichts zu vornehm und zu teuer war. Das Kartentausch fiel zusammen, als sich die Wiener Spekulantenszene am französischen Franc überhob. Ab Mai 1924 brachen, angeführt von der Allgemeinen Depositenbank, eine Reihe von Bankhäusern zusammen; 173 waren es bis Ende 1926. Der einst beherrschende Finanzplatz Wien begann auf das dem Kleinstaat entsprechende, bescheidene Ausmaß zu schrumpfen.

Kienböcks erste Ministerzeit endete, als Bundeskanzler Seipel in schwere Auseinandersetzungen mit den Landeshauptmännern seiner Partei geriet, die sich der strengen, finanziellen Disziplin nicht fügen wollten. Ein Streik der Eisenbahner war schließlich der Anlass für Seipels Rücktritt am 8. November 1924. Kienböck, der in den Jahren seiner Zusammenarbeit mit dem Kanzler zu seinem treuen Gefolgsmann und engen Vertrauten geworden war, folgte ihm ins Abseits.

Bundeskanzler wurde bis 1926 der Rechtsanwalt Rudolf Ramek, dessen Finanzminister Jakob Ahrer aus Graz, später der Badener Bürgermeister Josef Kollmann. Von beiden Herren wird noch die Rede sein.

Seipel kam im Oktober 1926 wieder an der Spitze der Regierung, und er bestellte Kienböck wieder zu seinem Finanzminister. Diese zweite Amtszeit dauerte bis zum 4. Mai 1929 und stand unter dem Unstern des Justizpalastbrandes und der dadurch so ungünstig aufgeputzten politischen Leidenschaften. Im Sommer 1928 nahm Kienböck



Viktor Kienböck (1873–1956): Politisch am rechten Rand der Christlichsozialen angesiedelt und Erzrivale Hugo Breitners. Foto: Archiv

den Kampf gegen Wiens recht komfortable Stellung in der Abgabenteilung auf. Gleichzeitig brachte die Regierung einen Gesetzesentwurf ein, mit welchem der Mieterschutz allmählich aufgelockert werden sollte. Beides rote Tücher für die Linke. Breitner und die Sozialdemokratie wehrten sich mit Händen und Füßen. Die seit dem Justizpalastbrand eng mit Seipel verbündeten Heimwehren wollten mit einem Marsch durch die rote Hochburg Wiener Neustadt Druck für diese Vorhaben machen. Seipels wie Kienböcks Projekt schütterten aber schließlich am Widerstand des christlichen Arbeiterführers und Wiener Oppositionschefs Johann Kunschak, dem Seipels Techtelmechtel mit den Heimwehren zu weit ging. Daraufhin überraschte, am 4. Mai 1929, Seipel die Öffentlichkeit mit seinem Rücktritt, der auch Kienböcks Amtszeit beendete. Kienböck widmete sich nun vornehmlich seiner Anwaltskanzlei.

Der Ruf nach ihm erschallte erst wieder, als im Jahre 1932, nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt, auch die Nationalbank in ernste Schwierigkeiten kam, und Präsident Reisch demissionieren musste. Am 6. Februar 1932 wurde Kienböck vom Bundespräsidenten an die Spitze der Nationalbank berufen. Seine Berufung wurde zwiespältig aufgenommen: Einerseits wusste man um seine glänzenden Kontakte zur internationalen, insbesondere französischen Finanzszenen, andererseits sah

man in ihm doch den ideologischen Eifer vom rechten Rand der Christlichsozialen, von dem zu fürchten stand, dass er den parteipolitischen Zank und Hader in das Noteninstitut trug. Aber Kienböck erwies sich nun als ein gereifter Finanzmann, der seine schwierige Aufgabe souverän löste.

Bei seinem Amtsantritt befand sich der Devisenvorrat des Instituts in einem kläglichen Zustand. Am 23. Juni musste sogar eine Devisensperre für Auslandsschulden erlassen werden. Eine zweite große internationale Anleihe, die von Lausanne, die am 12. Juli 1933 zustande kam, füllte die ärgsten Löcher. Kaum war dieses Abenteuer bestanden, als mit Wiener Bankverein und Niederösterreichischer Eskomptogesellschaft zwei weitere Großbanken ins Trudeln kamen. Im Gegensatz zu Reisch nahm Kienböck die Sache so gleich fest in die Hand und führte schließlich eine Fusion der beiden Institute mit der Creditanstalt herbei.

1938–1945 aller Ämter enthoben, kehrte er nach der Wiedererrichtung der Republik in die Nationalbank zurück, doch wohl auch wegen seiner widersprüchlichen Vergangenheit zunächst nur als Konsulent, später aber, bis zu seinem Tode, als Vizepräsident. Kienböck starb am 23. November 1956 in einem Wiener Sanatorium an den Folgen eines Unfalls. Nach Aufbahrung in der Votivkirche wurde er auf dem Dornbacher Friedhof beerdigt.



Empfang der japanischen Gesandtschaft in Wien anlässlich des Gastspiels der Sängerin Kiwa in „Madame Butterfly“; Kienböck in der ersten Reihe ganz links zu sehen. Foto: Archiv